

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum: 06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 141 bis 142 einfügen:

Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden. Die Umsetzung der Bezahlkarte für Geflüchtete sorgt vielerorts für enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und Personalbedarf. Die Bezahlkarte werden wir so weiter entwickeln, dass sie - entsprechend des Hannoveraner Modells - für Leistungsempfänger*innen ohne Bankkonto eine Sozialkarte wird und dadurch eine tatsächlichen Entlastung der Kommunen bewirkt. Anspruchsberechtigte erhalten so einen diskriminierungsfreien Zugang zu bargeldlosen Zahlungen, während gleichzeitig die Auszahlungsprozesse vereinfacht werden.